

BÜNDNIS ÖKONOMISCHE BILDUNG DEUTSCHLAND

ECKPUNKTE EINER NATIONALEN STRATEGIE

Viele Entscheidungen des alltäglichen Lebens, bei der politischen Meinungsbildung, in der betrieblichen Ausbildung ebenso wie im Studium erfordern Wirtschaftskennntnisse. Als Teil der Allgemeinbildung ist ökonomische Bildung Voraussetzung für die Entwicklung von Mündigkeit, Urteilsvermögen und Verantwortungsbewusstsein ebenso für das eigene Leben wie für die Gesellschaft. Ökonomische Bildung befähigt zur Bewältigung ökonomisch geprägter Lebenssituationen, ermöglicht eine kompetente Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und schließt die Reflexion normativer Fragestellungen im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Ethik mit ein. Nur wenn Sinn, Legitimation und Funktionsweise der Wirtschaft und des Wirtschaftens durchdrungen wurden, können sich Bürgerinnen und Bürger souverän und kompetent einbringen – sei es als Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmer (m/w/d) oder als Glieder der Gesellschaft. Auch zur Chancengerechtigkeit leistet ökonomische Bildung einen wesentlichen Beitrag.

Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass ökonomische Kenntnisse in weiten Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden oder nur mangelhaft ausgeprägt sind.

Umso beunruhigender ist, dass Wirtschaftsunterricht in der Schule oftmals zu kurz kommt. Ökonomische Bildung wird entweder in den Wahlpflichtbereich abgedrängt oder im Verbund mit anderen Fächern unterrichtet, wo sie häufig eine untergeordnete Rolle spielt. Aspekte der Finanzbildung und das Einnehmen einer unternehmerischen Perspektive – ergänzend zur Betrachtung des Wirtschafts-

geschehens aus Sicht der Verbraucher und Arbeitnehmer – werden in den meisten Bundesländern an allgemeinbildenden Schulen gar nicht oder nicht ausreichend im Unterricht berücksichtigt. Auch vom Berufsalltag haben Jugendliche oft falsche Vorstellungen und wissen zu wenig über die Möglichkeiten einer betrieblichen Ausbildung.

Fehlende ökonomische Kenntnisse erschweren den Start in ein selbstbestimmtes Leben und jede eigene wirtschaftliche Entscheidung. In ihrer Gesamtheit werden sie zum Problem für unsere Demokratie und Gesellschaft und für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Als Netzwerk aus Schule, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft erklären sich die Unterzeichner bereit, auf allen Ebenen zur Stärkung der ökonomischen Bildung beizutragen.

- Wir geben dem Anliegen der ökonomischen Bildung eine Stimme.
- Wir schärfen das gesellschaftliche Bewusstsein für die grundlegende Bedeutung der ökonomischen Bildung.
- Wir fördern die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Hochschulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
- Wir schaffen Gelegenheiten zum Austausch von Erfahrungen und Best Practices.

Gleichzeitig appellieren wir an alle Akteure der Bildungspolitik in Deutschland:

1. Ökonomische Bildung muss für alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland in hinreichendem Umfang und verpflichtend im Schulunterricht verankert werden.

Zur sachgerechten, pädagogisch sinnvollen Behandlung ökonomischer Sachverhalte einschließlich ihrer vielfältigen Bezüge zu anderen gesellschaftswissenschaftlichen Perspektiven bietet ein Pflichtschulfach Wirtschaft den erforderlichen Raum. In Doppelfächern wie Wirtschaft-Politik ist eine hinreichende Verankerung der ökonomischen Bildung sicherzustellen. Dazu gehören eine mindestens gleiche Gewichtung der ökonomischen Inhalte im Vergleich zu anderen Fachgebieten, mindestens 200 Stunden für ökonomische Inhalte in der Sekundarstufe I und eine feste Verankerung im Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe (inkl. Berücksichtigung im Zentralabitur).

2. Wirtschaftslehrkräfte müssen fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch qualifiziert sein.

Für alle Lehrkräfte, die das Fach Wirtschaft oder ein entsprechendes Doppelfach unterrichten, ist eine wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Aus- und Weiterbildung anzubieten. Entsprechende Lehramtsstudiengänge, die von wirtschaftsdidaktischen Professuren verantwortet werden, sind an Universitäten und/oder Fachhochschulen einzurichten. Im Falle von Doppelfächern wie Wirtschaft-Politik sind mindestens die Hälfte der für ein Lehramtsfach zur Verfügung stehenden Kreditpunkte der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsdidaktik zuzuordnen. Bestehendes Lehrpersonal in den Schulen ist durch ein systematisches und flächendeckendes Fort- und Weiterbildungsangebot nachzuqualifizieren. Auch für die Ausgestaltung von innovativen Unterrichtsformen unter Einbindung von außerschulischen Lernorten, Praxiskontakten, Wettbewerben u.v.m. ist eine ökonomisch fundierte Lehrkräfteaus- und -weiterbildung eine wesentliche Voraussetzung.

3. Schülerinnen und Schüler sollen Bezüge zur Arbeitswelt erleben können.

In den Schulunterricht ebenso wie in das Lehramtsstudium sollten verpflichtend Praktika und Hospitationen integriert werden, die zum Verständnis ökonomischer Sachverhalte, zur Berufswahlkompetenz und Bewerbungsvorbereitung beitragen und Bezüge zur Arbeitswelt herstellen. Von besonderer Bedeutung sind Praktika, die es ermöglichen, Prozesse und Funktionen in Unternehmen zu erleben und aus unterschiedlichen Perspektiven in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Auch Wettbewerbe, die in Zusammenarbeit mit Unternehmen durchgeführt werden können, bieten Schülern und Schülerinnen ebenso wie den betreuenden Lehrkräften eine Möglichkeit zur praxisorientierten Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Themen.

4. Deutschland braucht eine nationale Strategie für ökonomische Bildung.

Als Beitrag zur Daseinsvorsorge und Chancengerechtigkeit, zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie zur Sicherung von Deutschlands Zukunft als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sind eine qualifizierte ökonomische Allgemeinbildung und deren Verankerung im Schulunterricht dringend erforderlich. Bund und Länder sind aufgerufen, einen gesicherten Zugang zu einem sach- und fachgerechten schulischen Unterrichtsangebot und entsprechender Weiterbildung über das gesamte Leben für alle sicherzustellen. Zur Mitwirkung stehen wir bereit.